



13. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Sicherheit

Gremium: Ausschuss für Ordnung und Sicherheit
Sitzungstermin: Dienstag, 26.10.2021, 18:00 Uhr
Ort, Raum: Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81,
14469 Potsdam

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.09.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

- 3 **Bericht über die Abfallentsorgung und -verwertung in der Landeshauptstadt Potsdam**

- 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
 - 4.1 **Transparenz über die Abfallentsorgung für Potsdamer Abfälle und Wertstoffe herstellen**
21/SVV/0856 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Wiedervorlage -
 - 4.2 **Verbesserung des Umfeldes im Kirchsteigfeld**
21/SVV/0896 Fraktion Freie Demokraten

- 5 **Mitteilungen der Verwaltung**

- 6 **Sonstiges**



Niederschrift

12. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Sicherheit

Sitzungstermin:	Dienstag, 14.09.2021
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	18:32 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Straße 79/81

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Heiderose Gerber	DIE aNDERE	Sitzungsleitung
Herr Fabian Twerdy	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Jana Schulze	DIE LINKE	

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Anna Lüdcke	CDU	
Herr Chaled-Uwe Said	AfD	
Herr Jens Dörschel	Bündnis 90/Die Grünen	

sachkundige Einwohner

Herr Dr. Phil. Wolfgang Geist	CDU	
Herr Lars Gindele	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Helmut Lange	Freie Demokraten	
Herr Peter Roggenbuck		

Beigeordnete

Frau Brigitte Meier	Geschäftsbereich 3	
---------------------	--------------------	--

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Oliver Stiffel	AfD	entschuldigt
---------------------	-----	--------------

Ausschussmitglieder

Herr Karsten Dornhöfer	SPD	entschuldigt
Herr Leon Troche	SPD	entschuldigt
Frau Dr. Mechthild Rüniger	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Lars Eichert	CDU	entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	entschuldigt
-----------------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Herr Tamás Blénessy	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Tino Henning	DIE LINKE	nicht entschuldigt

Vertreter der Beiräte

Herr Tobias Straub	Beirat für Menschen mit Behinderungen	nicht entschuldigt
--------------------	---------------------------------------	--------------------

Schriftführer/in:

Frau Martina Spyra GB Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.08.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Wahl einer/eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Sitzungskalender 2022
Vorlage: 21/SVV/0755
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.2 Transparenz über die Abfallentsorgung für Potsdamer Abfälle und Wertstoffe herstellen
Vorlage: 21/SVV/0856
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Bericht zum Stand Haushaltsaufstellung Einzelhaushalt 2022 gemäß DS 21/SVV/0516
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch Frau Heiderose Gerber.

Da der Ausschussvorsitzende aufgrund eines Paralleltermins nicht an der Sitzung teilnehmen kann, wird die Sitzung zunächst durch Frau Gerber als das an Lebensjahren älteste Mitglied des Ausschusses bis zur Wahl der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden geleitet.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.08.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Gerber stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Frau Gerber stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 10.08.2021 zur Abstimmung und weist darauf hin, dass Herr Blénessy als nicht entschuldigt aufgeführt wurde. Dies muss korrigiert werden, da Herr Blénessy entschuldigt war.

Die so korrigierte Niederschrift wird mehrheitlich **bestätigt**.

Anschließend bittet Frau Gerber um Abstimmung über die Tagesordnung.

Frau Schulze schlägt vor, den Antrag 21/SVV/0856 „Transparenz über die Abfallentsorgung für Potsdamer Abfälle und Wertstoffe herstellen“ (TOP 4.2) in erster Lesung zu behandeln und die Verwaltung über den aktuellen Stand informieren zu lassen. Danach sollte der Antrag bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Sicherheit vertagt werden.

Frau Lüdcke schließt sich dem namens der Fraktion CDU an.

Die Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

zu 3 Wahl einer/eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

Frau Schulze übernimmt die Sitzungsleitung. Sie bittet um Vorschläge für die Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden und schlägt Frau Gerber vor. Da keine weiteren Vorschläge unterbreitet werden, weist Frau Schulze darauf hin, dass gemäß § 39 Abs. 1 Satz 6 BbgKVerf Abweichungen von der geheimen Wahl einstimmig (d.h. ohne Gegenstimmen) beschlossen werden können, wenn nur ein Kandidat/eine Kandidatin zur Verfügung steht.

Gegen die offene Abstimmung erhebt sich kein Widerspruch. Die Ausschussmitglieder sprechen sich einstimmig für die offene Abstimmung aus.

Anschließend bittet Frau Schulze um Abstimmung darüber, dass Frau Heiderose Gerber als stellvertretende Ausschussvorsitzende gewählt ist.

Frau Gerber wird **einstimmig mit 6 Ja-Stimmen als stellvertretende Ausschussvorsitzende bestätigt**.

Frau Gerber nimmt die Wahl an und bedankt sich für das Vertrauen. Sie übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 4.1 **Sitzungskalender 2022**

Vorlage: 21/SVV/0755

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Geplante Sitzungen OS-Ausschuss 2022:

22. Februar 2022

15. März 2022

24. Mai 2022

23. August 2022

22. September 2022

22. November 2022

20. Dezember 2022

Frau Gerber stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Ordnung und Sicherheit empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2022 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Mit 6 Zustimmungen einstimmig angenommen.

zu 4.2 **Transparenz über die Abfallentsorgung für Potsdamer Abfälle und Wertstoffe herstellen**

Vorlage: 21/SVV/0856

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dörschel bringt den Antrag ein und begründet diesen. Dabei betont er, dass auch ausgesagt werden muss, wohin der erfasste Abfall gebracht wird und wie dieser verwertet wird. Es geht nicht darum, den Abfall zu analysieren.

Er beantragt, den 3. Absatz des Antragstextes wie folgt zu ändern:

„Solange die Stadt Potsdam die in § 14 KrWG vorgegebene Quote von 65 % für die Vorbereitung der Wiederverwendung und das Recyclings von Siedlungsabfällen nicht erreicht, gibt der Oberbürgermeister innerhalb des Zeitraums der Gültigkeit des Abfallwirtschaftskonzeptes einen Zwischenbericht über die Art der Verwertung bzw. Beseitigung der erfassten Abfälle und Wertstoffe inklusive mit Vorschlägen, wie die Stadt Potsdam die Verwertungsquoten steigern und die Qualität der Entsorgung verbessern will.“

Frau Meier weist darauf hin, dass alle Leistungen ausgeschrieben werden müssen und es regelmäßige Informationen zu den Vergaben gebe.

Herr Said macht deutlich, dass dies auch einen zusätzlichen Personalaufwand nach sich ziehe.

Frau Schulze verweist ebenfalls auf den personellen Aufwand und bittet diesbezüglich um eine Aussage von Seiten der Verwaltung bzw. um ein Gespräch zwischen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Verwaltung zur Klärung der Fragen.

Frau Meier bittet die antragstellende Fraktion um Konkretisierung des Antrages.

Herr Dörschel sagt zu, seinen Änderungsvorschlag zur Klarstellung schriftlich nachzureichen. Er macht deutlich, dass es um die Steigerung der Verwertung des Abfalls geht.

Frau Meier schlägt vor, dass dem Ausschuss in der nächsten Sitzung vorgestellt wird, was wohin gebracht wird und wie die Abfälle verwertet werden. Des Weiteren wird dem Ausschuss vorgestellt, welche Vergaben von Leistungen in den nächsten Jahren anstehen.

Frau Gerber bittet um Abstimmung über die Zurückstellung der Drucksache.

Abstimmungsergebnis:

Mit 6 Zustimmungen einstimmig angenommen.

Somit wird der Antrag zurückgestellt.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Bericht zum Stand Haushaltsaufstellung Einzelhaushalt 2022 gemäß DS 21/SVV/0516

Frau Meier informiert, dass es eine Verständigung mit dem Geschäftsbereich Finanzen, Investitionen und Controlling gab. Beim Fachbereich Feuerwehr kann mit Haushaltsresten gearbeitet werden. Somit wird es hier keine größeren Auswirkungen geben.

Der Fachbereich Ordnung und Sicherheit muss die Einrichtung der Fahrradstaffel auf das Jahr 2023 schieben. Dies ist aber bisher auch nicht in der Mittelfristplanung (MiFi) enthalten. Der Zuschuss beim Präventionsrat von 100.000 Euro auf 50.000 Euro gekürzt.

Bezüglich der Personalausstattung im Bürgerservice hatte sich Geschäftsbereich 3 mehr gewünscht, aber auch hier sollen zwei zusätzliche Stellen im Rahmen des jetzigen Stellenplanes aus Stellenresten geschaffen werden. Frau Meier macht in diesem Zusammenhang deutlich, dass wichtig ist, die vorhandenen unbesetzten Stellen zu besetzen.

Aus Nachfrage von Frau Lüdcke, welche Projekte nicht durchgeführt werden können, erklärt Frau Meier, dass bisher noch keine Anträge auf Projektförderungen gestellt wurden. Klar ist aber, dass weniger Projekte als geplant durchgeführt werden können.

Herr Said findet, dass die hier Daseinsvorsorge vernachlässigt wird.

zu 6 Sonstiges

Herr Roggenbuck fragt nach dem Stand zur Errichtung eines Wertstoffhofs im Potsdamer Norden und macht dabei deutlich, dass er hier dringenden Handlungsbedarf sieht. Daraufhin erklärt Frau Meier, dass der ursprünglich angedachte Standort im Wasserschutzgebiet liegt und damit nicht möglich ist. Es gibt aber weitere Überlegungen, auch bezüglich eines Umschlagplatzes, bei dem Krampnitz mit berücksichtigt wird. Sie schlägt vor, darüber im Ausschuss für Ordnung und Sicherheit zu informieren.

Herr Dörschel betont, dass der Standort nördlich der Havel sein sollte. Ein Standort in Potsdam West wäre hier auch geeignet.

Frau Meier sagt zu, auch darüber zu informieren.

Nächste Sitzung des OS-Ausschusses: 26. Oktober 2021, 18:00 Uhr

Heiderose Gerber
stellv. Ausschussvorsitzender

Martina Spyra
Schriftführerin



Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Betreff: Transparenz über die Abfallentsorgung für Potsdamer Abfälle und Wertstoffe herstellen

Erstellungsdatum 26.10.2021

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
26.10.2021	OS		X
03.11.2021	SVV		X

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zukunft regelmäßig darüber zu berichten, wie die im Auftrag des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers eingesammelten Abfälle entsorgt bzw. verwertet werden, um überprüfen zu können, ob und wie die Vorgaben des Abfallwirtschaftsgesetzes durch die Stadt Potsdam eingehalten werden.

Ein geeigneter Ort dafür ist das alle 5 Jahre zu erstellende Abfallwirtschaftskonzept. Dabei sind auch Maßnahmenvorschläge vorzulegen, wie die Stadt Potsdam die Verwertungsquoten steigern und die Qualität der Entsorgung verbessern will.

Solange die Stadt Potsdam die in § 14 KrWG vorgegebene Quote von 65 % für die Vorbereitung der Wiederverwendung und das Recyclings von Siedlungsabfällen nicht erreicht, gibt der Oberbürgermeister innerhalb des Zeitraums der Gültigkeit des Abfallwirtschaftskonzeptes einen Zwischenbericht über die Art der Behandlung der erfassten Abfälle und Wertstoffe inklusive Vorschlägen, wie die Stadt Potsdam die Verwertungsquoten steigern und die Qualität der Entsorgung verbessern will.

Begründung

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz enthält in § 6 eine ausgeprägte Abfallhierarchie. Demnach geht bei den erfassten Abfällen Wiederverwendung (Priorität 2) vor stofflichem Recycling (Priorität 3) vor sonstiger und energetischer Verwertung und Verfüllung (Priorität 4) vor Beseitigung (Priorität 5).

Bisher ist in der Öffentlichkeit in weiten Teilen unbekannt, welche Form der Verwertung oder Beseitigung für die einzelnen im Auftrag der Stadt Potsdam erfassten Abfälle und Wertstoffe tatsächlich realisiert wird. Somit ist für die Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar, inwieweit sich die Stadt Potsdam an der gesetzlich vorgegeben Abfallhierarchie orientiert und ob die Stadt daran arbeitet, die Art der Verwertung im Sinne der Abfallhierarchie nach und nach zu verbessern. Insofern können Stadtpolitik und die Öffentlichkeit auch nicht feststellen, ob hier Nachbesserungsbedarf besteht, und wenn ja, wie der realisiert werden könnte.

Fortsetzung umseitig

Zwar enthält das Abfallwirtschaftskonzept eine Darstellung über den Stand der Erfassung von Abfällen und Wertstoffen, nicht aber über die Art der Behandlung der erfassten Abfälle und Wertstoffe. Hier besteht im Interesse einer vorbildlichen Umsetzung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes Nachholbedarf. Dazu muss die Stadt in Zukunft in den Abfallwirtschaftskonzepten Transparenz über die Behandlung der erfassten Abfälle und Wertstoffe im Sinne der oben genannten Abfallhierarchie herstellen. Auf Grundlage dieses Berichtes sind dann Vorschläge zu entwickeln, wie der Umgang mit den Potsdamer Abfällen im Sinne der Abfallhierarchie verbessert werden kann.

Solange die Stadt die gesetzlich vorgegebenen Abfallverwertungsquoten nicht erreicht, muss zwischen den alle 5 Jahre zu aktualisierenden Abfallwirtschaftskonzepten ein Zwischenbericht über die Art der Behandlung der erfassten Abfälle und Wertstoffe inkl. Maßnahmenvorschlägen gegeben werden.

gez. Jens Dörschel

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

21/SVV/0856

öffentlich

Betreff:

Transparenz über die Abfallentsorgung für Potsdamer Abfälle und Wertstoffe herstellen

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum: 10.08.2021

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

25.08.2021

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zukunft regelmäßig darüber zu berichten, wie die im Auftrag des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers eingesammelten Abfälle entsorgt bzw. verwertet werden, und wie die Vorgaben des Abfallwirtschaftsgesetzes durch die Stadt Potsdam eingehalten werden und wo Verbesserungsmöglichkeiten bestehen.

Ein geeigneter Ort dafür ist das alle 5 Jahre zu erstellende Abfallwirtschaftskonzept. Dabei sind auch Maßnahmenvorschläge vorzulegen, wie die Stadt Potsdam die Verwertungsquoten steigern und die Qualität der Entsorgung verbessern will.

Solange die Stadt Potsdam die in § 14 KrWG vorgegebene Quote von 65 % für die Vorbereitung der Wiederverwendung und das Recyclings von Siedlungsabfällen nicht erreicht, gibt der Oberbürgermeister innerhalb des Zeitraums der Gültigkeit des Abfallwirtschaftskonzeptes einen Zwischenbericht mit Vorschlägen, wie die Stadt Potsdam die Verwertungsquoten steigern und die Qualität der Entsorgung verbessern will.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz enthält in § 6 eine ausgeprägte Abfallhierarchie. Demnach geht bei den erfassten Abfällen Wiederverwendung (Priorität 2) vor stofflichem Recycling (Priorität 3) vor sonstiger und energetischer Verwertung und Verfüllung (Priorität 4) vor Beseitigung (Priorität 5).

Bisher ist in der Öffentlichkeit in weiten Teilen unbekannt, welche Form der Verwertung oder Beseitigung für die einzelnen im Auftrag der Stadt Potsdam erfassten Abfälle und Wertstoffe tatsächlich realisiert wird. Somit ist für die Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar, inwieweit sich die Stadt Potsdam an der gesetzlich vorgegebenen Abfallhierarchie orientiert und ob die Stadt daran arbeitet, die Art der Verwertung im Sinne der Abfallhierarchie nach und nach zu verbessern. Insofern können Stadtpolitik und die Öffentlichkeit auch nicht feststellen, ob hier Nachbesserungsbedarf besteht, und wenn ja, wie der realisiert werden könnte. Zwar enthält das Abfallwirtschaftskonzept eine Darstellung über den Stand der Erfassung von Abfällen und Wertstoffen, nicht aber über die Art der Behandlung der erfassten Abfälle und Wertstoffe. Hier besteht im Interesse einer vorbildlichen Umsetzung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes Nachholbedarf. Dazu muss die Stadt in Zukunft in den Abfallwirtschaftskonzepten Transparenz über die Behandlung der erfassten Abfälle und Wertstoffe im Sinne der oben genannten Abfallhierarchie herstellen. Auf Grundlage dieses Berichtes sind dann Vorschläge zu entwickeln, wie der Umgang mit den Potsdamer Abfällen im Sinne der Abfallhierarchie verbessert werden kann.

Solange die Stadt die gesetzlich vorgegebenen Abfallverwertungsquoten nicht erreicht, muss zwischen den alle 5 Jahre zu aktualisierenden Abfallwirtschaftskonzepten ein Zwischenbericht über die Art der Behandlung der erfassten Abfälle und Wertstoffe inkl. Maßnahmenvorschlägen gegeben werden.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

21/SVV/0896

öffentlich

Betreff:

Verbesserung des Umfeldes im Kirchsteigfeld

Einreicher: Fraktion Freie Demokraten

Erstellungsdatum: 25.08.2021

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

22.09.2021

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, mit welchen Maßnahmen um die Aufenthaltsqualität und das Umfeld des Kirchsteigfeldverbessert werden kann.

Diese Punkte sollen einbezogen werden:

Grundreinigung und Herstellung für eine dauerhafte Erhaltung des Hirtengrabens/ Teich und der angrenzenden Flächen(z.B. Steinbänke entlang des Hirtengrabens):

Der durch das Wohngebiet laufenden Hirtengraben trocknet seit Jahren aus. Dieses Mini Ökosystem ist extrem gestört. Nach Regenfällen füllt sich dieser, allerdings ist es kein fließendes Gewässer (mehr). Dadurch entstehen teils üble Gerüche. Für dort lebende Tiere ist dies ebenso kein geeigneter Lebensraum. In die Prüfung einzubeziehen sind die Ergebnisse der Zusatzinformation zur Drucksache 09/SVV/0905 (Antwort_2.pdf (potsdam.de))

Prüfung von Einbahnstraßen:Die Verkehrsströme seit Planung des Kirchsteigfeldes haben sich mit jeder Erweiterung verändert. Die teils zu engen Straßen führen bei Gegenverkehr immer wieder zu brenzlichen Situationen und abgefahrenen Spiegeln auch an parkenden Autos, z.B. in der Dorothea-Schneider-Straße. Durch ggf. Einbahnstraßen lässt sich die Situation (vor allem in Kurven) deutlich entschärfen, auch für Fahrradfahrer.

Verbesserung der Aufenthaltsqualität an der Kirche / vor den Geschäften in der Anni-von-Gottberg-Straße:Neben generellen Vorschlägen soll auf eine Begrünungsmöglichkeit der Fläche z.B. vor den Geschäften und die Beseitigung der teils großen tiefen Löcher auf den Parkplätzen vor REWE eingegangen werden, auch wenn diese vor kurzem erst mit Sand aufgefüllt worden sind. Früher vorhandene Baumbestände sollten wieder neu gepflanzt werden. Zusätzlich ist zu prüfen, ob für mehr Sauberkeit ausreichend Mülleimer zur Verfügung stehen und ob eine Ausweitung sinnvoll ist.

Das Ergebnis soll der Stadtverordnetenversammlung bis Ende Q42021 vorgestellt werden.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Seit ca. 20 Jahren wächst das Kirchsteigfeld. Zusätzliche Bauprojekte werden den Stadtteil in den nächsten Jahren signifikant erweitern. Neben großen Neubauprojekten, wie z.B. der Potsdamer Norden, oder Quartiersentwicklungen in Drewitz und Schlaatz, sollten auch notwendige Verbesserungen und Optimierungen im Kirchsteigfeld angegangen werden. In einer nicht repräsentativen Umfrage in der Facebook Gruppe „Potsdam-Kirchsteigfeld“ zu aktuellen Themen gab es eindeutige Handlungsfelder. Der mit Abstand größte Schmerzpunkt im Voting: Grundreinigung und Werterhaltung des Hirtengrabens. Als weitere wichtige Themen wurden die Verkehrssituation verbessern (Prüfung Einbahnstraßen) und die Verbesserung der Aufenthaltsqualität an der Kirche / vor Geschäften in der Anni-von-Gottberg-Straße genannt. Durch die Erweiterung des Stadtteils durch die 2 geplanten Bauvorhaben an der Ricarda Huch Str. und entlang der Autobahn entstehen zusätzlich Gewerbeflächen und mehrere hundert Wohnungen, durch die sich die Situation einiger Themen weiter verschärfen dürfte.